

SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 08

26.02.2016

INHALT

ZUR LAGE	2
ZUR WOCHE	3
KRANKENKASSEN-BEITRÄGE: "ES MUSS WIEDER GERECHTER ZUGEHEN"	3
SPD-FRAKTION SETZT SICH FÜR GUTE ARBEIT UND STARKE WIRTSCHAFT EIN	3
FOKUS AUF ALLEINERZIEHENDE	4
CDU-FRAKTION SETZT FLÄCHENDECKEND AUF BILDUNGSGEBÜHREN	5
VERTRAUENSSCHUTZ BEI EIGENSTROMERZEUGUNG WAHREN	6
ZAHLEN UND FAKTEN	7

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

gestern sind die letzten beiden Plenartage in der 16. Legislaturperiode zu Ende gegangen. Neben inhaltlichen Debatten über die Pläne der SPD-Fraktion für die Zukunft von Rheinland-Pfalz standen vor allem Worte des Abschieds und des Dankes im Mittelpunkt der Debatte.

Unser Landtagspräsident und langjähriger Fraktionsvorsitzender Joachim Mertes beendet seine politische Laufbahn. Zum Abschluss hatte er dazu bewegende Worte gefunden; man kann mit Recht sagen, dass er einen wichtigen Teil der Geschichte des Landes und der SPD Rheinland-Pfalz mitgestaltet hat. Ebenso verabschiedete sich ***unser Parlamentarischer Geschäftsführer, Carsten Pörksen***, vom Landtag. Seine politische und juristische Meinung, die er den politischen Mitbewerbern oft deutlich mitteilte, haben viele wichtige Diskussionen im Land geprägt.

Ein Wort des Dankes haben wir auch an unsere weiteren Abgeordneten gerichtet, die dem neuen Landtag ebenfalls nicht angehören werden: ***Petra Elsner, Dieter Klöckner, Ruth Leppa*** und ***Fritz Presl***. Sie alle haben wichtige Politikbereiche für unsere Fraktion gestaltet und sind uns ans Herz gewachsen. Wir hoffen, dass sie uns „in Mainz“ nicht vergessen und oft auf gute Gespräche vorbeischaun.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de

ZUR WOCHE

Krankenkassen-Beiträge: "Es muss wieder gerechter zugehen"

"In den kommenden Jahren werden wohl starke Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zu verzeichnen sein", sagte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** in einer Aktuellen Stunde im rheinland-pfälzischen Landtag. "Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von den Kosten überproportional belastet, da der Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung eingefroren ist. Damit muss Schluss sein."

"Die angestrebte Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung über eine Bundesratsinitiative der SPD-geführten Landesregierung ist der richtige Weg", betonte **Schweitzer**. "Es muss wieder gerechter zugehen." Die paritätische Finanzierung der großen Lebensrisiken sei nicht nur ein Element des Sozialstaats, sondern elementarer Teil der sozialen Marktwirtschaft. "Der Grundsatz der paritätischen Finanzierung ist die Friedensformel der sozialen Marktwirtschaft", hob **Schweitzer** hervor.

SPD-Fraktion setzt sich für gute Arbeit und starke Wirtschaft ein

In dieser Woche wurden im Landtag die Novellen des Landestariftreuegesetzes und des Mittelstandsförderungsgesetzes verabschiedet. "Die Gesetze bilden zwei Seiten einer Medaille", erklärten unser wirtschaftspolitischer Sprecher **Jens Guth** und unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin **Tanja Machalet**. "Beide Gesetze haben zum Ziel, dass in Rheinland-Pfalz gute Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer vorherrschen und die Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Mit den Novellen wird Rheinland-Pfalz weitere Schritte auf diesem Weg vorankommen."

„Der Mittelstand in Rheinland-Pfalz hat eine große Bedeutung, seit 1978 gibt es daher ein eigenes Mittelstandsförderungsgesetz“, erklärte **Guth**. Das Gesetz wurde 2011 komplett neu gefasst und wird mit der Novellierung weiterentwickelt. Unnötige bürokratische Belastungen vor allem für kleine und mittlere Betriebe sollen künftig vermieden werden. Es wird eine verpflichtende Kostenschätzung beim Erlass neuer Rechts- und Verwaltungsvorschriften geben. Darüber hinaus sollen Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft mit in der Regel weniger als zwanzig Beschäftigten sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer in den ersten drei Jahren nach

Unternehmensgründung von bürokratischen Belastungen freigestellt werden. Auch wird durch das Gesetz festgelegt, dass die Landesregierung in jeder Wahlperiode ein Handlungsprogramm Mittelstand zu beschließen hat. Die Bedeutung des Mittelstands zeigt sich allein an folgenden Fakten: Rund 99,7 Prozent der Unternehmen in Rheinland-Pfalz sind dem Mittelstand zuzurechnen. Sie stellen rund 70,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und sorgen für Arbeits- und Ausbildungsplätze, für wirtschaftliche Stabilität und eine vielfältige Branchenstruktur.

Mit der Novellierung des Landestariftreuegesetzes wird negativen Erfahrungen bei Betreiberwechseln im Schienen- und Öffentlichen Personennahverkehr begegnet. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden bei Personalüberleitungen künftig besser geschützt. Der Arbeitnehmerschutz wird gestärkt und so langfristig die Mobilität durch qualifiziertes und leistungsgerecht entlohntes Personal gesichert. Das novellierte Gesetz orientiert sich dabei an den Arbeits- und Sozialstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und gehört zu den fortschrittlichsten Tariftreuegesetzen in Deutschland. „Unverständlich ist es, dass die CDU-Fraktion das Gesetz abschaffen möchte. Die SPD-geführte Koalition wird dafür sorgen, dass das gesetzlich festgelegte Mindestentgelt von derzeit 8,90 Euro nicht auf die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro abgesenkt wird. Die SPD-Fraktion steht klar an der Seite der Gewerkschaften“, sagte **Machalet**.

Fokus auf Alleinerziehende

„Viele alleinerziehende Frauen in Deutschland und Rheinland-Pfalz sind von Armut bedroht oder gar betroffen. Sie leiden unter Zeitnot, Geldnot und/oder Wohnungsnot“, betonte unsere frauenpolitische Sprecherin, **Petra Elsner**, anlässlich der Debatte im Plenum zur Situation der Alleinerziehenden. „Oft ist es für sie beispielsweise schwierig, mit ihren Kindern bezahlbare Wohnungen zu finden. Für die SPD-Fraktion gilt: Wir legen den Fokus auf Alleinerziehende. Gerade in Zeiten, in denen viel politische Kraft auf die Bewältigung der ankommenden Flüchtlinge gelegt wird, muss diese Gruppe verstärkt in den Blick genommen werden.“

Unsere arbeitsmarktpolitische Sprecherin, **Tanja Machalet**, ergänzte: „Vor allem für Alleinerziehende ist die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus wichtig, die rot-grüne Koalition fördert daher in 2016 bis zu 4200 weitere Wohnungen. Entscheidend ist auch, dass die Betreuungszeiten für Kinder ausgeweitet werden. Als SPD-Fraktion setzen wir auf die schrittweise Einführung einer Betreuungsgarantie an den Grundschulen, auf den Ausbau der

Ferienbetreuung für Schulkinder und auf eine Ausweitung der Zeiten an den Kindertagesstätten.“ Im Sinne der Alleinerziehenden seien überdies die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns und die Anhebung des steuerlichen Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. Die Verbesserungen haben Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig durchgesetzt.

CDU-Fraktion setzt flächendeckend auf Bildungsgebühren

*„Wirr, widersprüchlich und zum Teil schlicht falsch sind die bildungspolitischen Aussagen der CDU-Fraktionsvorsitzenden Julia Klöckner in der Rheinpfalz“, erklärte unser Fraktionsvorsitzender **Alexander Schweitzer**. „Sie fordert Kita-Gebühren, die ‚höchstens einen Euro pro Tag‘ betragen sollen, also höchstens 30 Euro pro Monat. Am 16. Dezember 2015 im Plenum meinte Klöckner noch, der Betrag solle bei ‚durchschnittlich 30 Euro pro Monat‘ liegen. Offensichtlich weiß Frau Klöckner selbst nicht, was sie will. Oder sie will den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen. Zumindest eins aber ist gesichert: Die CDU-Fraktion möchte die kostenfreie Bildung in Rheinland-Pfalz wieder abschaffen und flächendeckend Bildungsgebühren einführen. Sie fordert auch Studiengebühren, zunächst für Langzeitstudierende. Sicherlich hat die Opposition noch weitere Pläne zur Einführung von Bildungsgebühren in der Schublade.“*

*„Die Realität an Kindertagesstätten scheint Frau Klöckner nicht zu kennen“, betonte **Schweitzer**. So fordere sie kleinere Gruppen in Kitas und unterstelle damit, dass im Vergleich in Rheinland-Pfalz zu wenig Pädagogen für Kita-Kinder zuständig seien. Fakt ist: Nach der jüngsten Darstellung des Statistischen Bundesamtes steht Rheinland-Pfalz bei Gruppen-Größen und dem Personalschlüssel in Kindertagesstätten im Ländervergleich sehr gut dar. Mit einem Wert von 7,9 für das Jahr 2015 liegt Rheinland-Pfalz deutlich etwa vor Bayern (8,6), Nordrhein-Westfalen (8,3), Hessen (9,4) und dem Saarland (9,5).*

„Eine Frechheit und schlicht falsch sind die Äußerungen mit Blick auf die rheinland-pfälzischen Schulen. Frau Klöckner meint, es werde das Sitzenbleiben abgeschafft und die Bedeutung der Noten aufgeweicht. Diese Behauptungen haben nichts mit der Realität zu tun. Die Tatsachen sind: Es werden natürlich in Rheinland-Pfalz flächendeckend Noten vergeben, Schülerinnen und Schüler müssen natürlich Klassen wiederholen, wenn dies erforderlich ist. Den Eltern, Kindern und Jugendlichen sind die vor wenigen Wochen verteilten Zeugnisse noch präsent. Zudem gibt es in Rheinland-Pfalz einen Modellversuch, in dem unter anderem erprobt wird, Ziffernnoten

durch Entwicklungsberichte zu ergänzen und durch individuelle Förderung das Sitzenbleiben zu vermeiden“, erklärte **Schweitzer** weiter.

Vertrauensschutz bei Eigenstromerzeugung wahren

Anlässlich des am Donnerstag im Landtag debattierten Antrags zum Thema „Eigenstrom“ erklärten unser energiepolitischer Sprecher, **Marcel Hürter**, und unser wirtschaftspolitischer Sprecher, **Jens Guth**: „Die industrielle Eigenstromerzeugung ist für Rheinland-Pfalz von herausragender Bedeutung. Viele der hiesigen Unternehmen haben in den zurückliegenden Jahren bereits in großem Maße in eine klimafreundliche, flexible und hocheffiziente Strom- und Nutzwärmeerzeugung investiert. Die Wahrung des Vertrauensschutzes ist für derartige Investitionsentscheidungen zentral.“ Mit der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2014 sei es – auch auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz – gelungen, den Vertrauensschutz für Bestandsanlagen, die vor dem 1. August 2014 bereits in Betrieb waren, zu erhalten. Diese Regelung gelte jedoch nur bis zum Ende des Jahres 2016. Für das Jahr 2017 verlange die Europäische Kommission eine Überprüfung. Die rheinland-pfälzische Landesregierung habe sich gemeinsam mit den rheinland-pfälzischen Industrieverbänden, Kammern und mit zahlreichen Industrie-Unternehmen bereits sehr frühzeitig bei der Bundesregierung und der EU-Kommission dafür eingesetzt, dass weiterhin neue und bestehende Eigenstromerzeugungsanlagen auf der Basis von Erneuerbaren Energien sowie von hocheffizienten Erdgas-KWK-Anlagen von der Zahlung der EEG-Umlage befreit bleiben. „Wir werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, dass bestehende Eigenstromanlagen im Rahmen des geltenden Beihilferechts auch über das Jahr 2017 hinaus von der EEG-Umlage befreit werden können. Das Land Rheinland-Pfalz engagiert sich auch im Rahmen einer Bundesratsinitiative gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen“, so **Hürter** und **Guth**.

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt den Titel „Vertrauensschutz bei bestehenden hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zur Erzeugung von Eigenstrom erhalten“.

ZAHLEN UND FAKTEN

INTEGRATION DURCH BILDUNG

Bildung ist eine entscheidende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Die Teilhabe an Bildung setzt das Beherrschen der deutschen Sprache voraus. Sprache ist deshalb der Schlüssel zur Integration.

Schwerpunkt Sprachförderung

- Die Landesregierung hat frühzeitig einen Schwerpunkt auf schulische Sprachförderung gelegt. Mittlerweile werden hierfür insgesamt **400 Lehrerinnen und Lehrer** eingesetzt und im Haushalt 2016 stehen **26,2 Millionen Euro** zur Verfügung.
- Zur Koordinierung vor Ort gibt es **landesweit 43 Runde Tische**, an denen alle lokalen Akteure – u.a. Schulen, Schulaufsicht, Schulträger, Jugendhilfe und Integrationsbeauftragte – sich abstimmen und für einen bestmöglichen Einsatz der bereitgestellten Mittel sorgen.

Sprachförderung in der Schule

- Wir setzen auf **intensive Sprachförderung und auf Integration in die Regelklassen von Anfang an**. Denn Integration funktioniert durch Dabeisein und nicht durch Separierung. Vorlaufklassen, in denen Flüchtlingskinder in den ersten Monaten oder gar Jahren komplett getrennt von den anderen Gleichaltrigen lernen, lehnen wir ab. Unser Konzept wurde zuletzt auch durch eine Studie der OECD bestätigt. Und vor allem besteht es Tag für Tag erfolgreich den Praxistest in unseren Schulen.
- Im Zentrum der schulischen Sprachförderung stehen **Deutsch-Intensivkurse**. Schülerinnen und Schüler erhalten dort bis zu 20 Stunden pro Woche intensiven Deutsch-Unterricht. In der restlichen Zeit nehmen sie gemeinsam mit allen anderen Kindern am normalen Unterricht in den Regelklassen teil.

- Mittlerweile gibt es **landesweit 340 Deutsch-Intensivkurse an 246 Schulen**, an denen **5.300 Schülerinnen und Schüler** teilnehmen.

Sprachförderung und Berufsvorbereitung an berufsbildenden Schulen

- An den berufsbildenden Schulen (BBS) werden Jugendliche ohne Deutschkenntnisse im Alter zwischen 16 und 18 Jahren beschult. Sie nehmen dort entweder an den unterschiedlichen Bildungsgängen der BBS teil und erhalten daneben – wie an den anderen weiterführenden Schulen – **intensive Sprachförderung** z.B. in **Deutsch-Intensivkursen**.
- An **20 BBS-Standorten** gibt es insgesamt **26 Deutsch-Intensivkurse**, an denen **300 Schülerinnen und Schüler** teilnehmen.
- An **23 BBS-Standorten** wurden besondere Lerngruppen in Form eines „**Berufsvorbereitungsjahres Sprachförderung**“ eingerichtet. In insgesamt **38 solcher Klassen** erhalten rund **620 Schülerinnen und Schüler** berufsorientierenden Unterricht, intensive Sprachförderung und Unterricht in allgemeinbildenden Fächern.

Hochschulen heißen Flüchtlinge willkommen

- Unter den Flüchtlingen, die zu uns nach Rheinland-Pfalz kommen, sind auch solche, die in ihrer Heimat bereits studiert haben oder ein Studium aufnehmen wollten. Diesen jungen Erwachsenen können wir eine **neue akademische Heimat** bieten.
- Die rheinland-pfälzischen Hochschulen sind frühzeitig von sich aus auf die Landesregierung zugekommen, um sich über pragmatische und passgenaue Angebote für diese Zielgruppe zu verständigen. Gemeinsam wurde ein **5-Punkte-Programm** entwickelt, das nun Schritt für Schritt umgesetzt wird und für das insgesamt bis zu **500.000 Euro** zur Verfügung stehen.
- Auf der **Internetplattform www.studium-fluechtlinge-rlp.de** erhalten Flüchtlinge, die sich für ein Studium interessieren, seit Oktober 2015 alle wichtigen

Informationen zur Aufnahme oder Weiterführung ihres Studiums in englischer, französischer, arabischer und deutscher Sprache.

- An den **internationalen Studienkollegs** in Kaiserslautern und Mainz haben gerade die ersten **Intensiv-Sprachkurse** begonnen. Jeweils 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen für maximal ein Jahr die deutsche Sprache und können im Anschluss ihr Fachstudium aufnehmen oder fortsetzen.

Willkommenskultur heißt: Kultur heißt willkommen

- **Kultur kann gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.** Landesweit engagieren sich zahlreiche Künstlerinnen und Künstler sowie Kultureinrichtungen im Bereich der kulturellen Bildung und Teilhabe von Flüchtlingen.
- Das Land stellt dafür im Haushalt 2016 insgesamt **50.000 Euro** zur Verfügung.